

BUNDESVERBAND ABONNEMENT E.V. // Ferdinandstraße 6 // 20095 Hamburg

An Herrn Jens Spahn, MdB Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
An Herrn Dr. Matthias Miersch, MdB Vorsitzender der SPD-Fraktion

An Herrn Prof. Dr. Günter Krings, MdB Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
An Frau Sonja Eichwede, MdB Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion
An Frau Dr. Anja Weisgerber, MdB Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
An Frau Dr. Wiebke Esdar, MdB Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

per E-Mail

BUNDESVERBAND
ABONNEMENT E.V.

Ferdinandstraße 6
20095 Hamburg

Telefon 040.23 96 97 64 0
Fax 040.23 96 97 64 9

info@bundesverband-abo.de
www.bundesverband-abo.de

Hamburg, 26. Februar 2026

Die Bestätigungslösung für telefonisch geschlossene Verträge gefährdet die freie Presse

Sehr geehrter Herr/Frau Dr.....

wir wenden uns heute an Sie hinsichtlich einer möglicherweise geplanten Eingabe, die sogenannte Bestätigungslösung für telefonisch geschlossene Verträge im Bundestag ohne Beteiligung der Bundesregierung und insbesondere unter Umgehung der CDU-Ressorts BKM/Kanzleramt und Wirtschaft an eine Verbrauchergesetzgebung anzuhängen.

Für den unabhängigen Qualitätsjournalismus in Deutschland und den bedeutenden Wirtschaftszweig Abonnement wäre diese Regelung **katastrophal!**

Wir möchten betonen, dass die Bestätigungslösung dem im Koalitionsvertrag festgelegten Ziel, „**fairen Finanzierungsbedingungen**“ für die freie Presse sicherzustellen, eklatant entgegenwirkte.

Die **Bestätigungslösung** im Telefonmarketing – also die gesetzliche Pflicht, einen telefonisch geschlossenen Vertrag erst durch eine nachträgliche Bestätigung in Textform (z. B. E-Mail) wirksam werden zu lassen – bringt für Unternehmen und den Markt zahlreiche Nachteile mit sich:

Es ergäbe sich eine **Gefährdung der Finanzierung**: Da ein Großteil der Abonnements für Zeitungen und Zeitschriften über Telefonmarketing gewonnen wird, befürchten Verlage einen starken Einbruch bei der Gewinnung neuer Abonentinnen und Abonnenten durch die zusätzliche Bestätigungshürde. Dies entzieht den Redaktionen wichtige finanzielle Mittel. Damit einher ginge auch eine **Einschränkung der Verbreitung**. Insbesondere für kleinere Titel oder Zielgruppenmedien ist das Telefon ein effizienter Weg, um neue Leserkreise zu erreichen. Entfällt dieser wichtige Kontaktpunkt zur Gewinnung neuer Leser oder wird er unwirtschaftlich, schrumpft die Reichweite dieser Titel erheblich, was die journalistische Vielfalt schmälert.

So würden zum einen Pressemonopole gestärkt, denn größere Verlage können den erhöhten Verwaltungsaufwand und sinkende Abschlussquoten eher abfedern als kleine lokale oder spezialisierte Anbieter, was langfristig zu einer Konzentration im Medienmarkt führen kann. Es ergäbe sich zum anderen auch ein **Wettbewerbsnachteil gegenüber Plattformen**: Während

BANKVERBINDUNG

Commerzbank
IBAN DE18 1004 0000 0502 9798 00
BIC COBADEFFXXX

Steuer-Nr. 27/620/61829
Finanzamt für Körperschaften, Berlin
Amtsgericht Hamburg, Abt. 69
Registernummer VR 26055

VORSTAND

Vorsitzender: Martin Lange (Stockelsdorf)
Stellvertretende Vorsitzende: Andreas Klinkmann
(Hamburg), Alexander Münch (Neckarsulm),
Finanzvorstand: Daniel Beljan (Ulm)

klassische Verlage durch strengere Regeln beim Direktvertrieb gebremst werden, profitieren große digitale Plattformen und soziale Medien, die über andere Datenkanäle verfügen.

In der Praxis käme es zu einer **Verzögerung des Geschäftsabschlusses**: Ein Vertrag ist nicht mehr sofort am Telefon rechtskräftig. Dies führt zu einem zeitlichen Versatz zwischen dem Verkaufsgespräch und dem tatsächlichen Umsatz, was die Planungssicherheit beeinträchtigt und einen **erhöhten Verwaltungsaufwand** nach sich zöge. Unternehmen müssten Systeme implementieren, um Bestätigungen zu versenden, nachzuverfolgen und rechtssicher zu archivieren. Dies verursacht zusätzliche Prozesskosten und IT-Aufwand.

Damit einher ginge ein **rechtliche Unsicherheit für die Wirtschaft**: Verbände wie der [Deutsche Dialogmarketing Verband \(DDV\)](#) kritisieren die Lösung als "systemfremd" und warnen davor, dass seriöse Unternehmen unter Generalverdacht gestellt werden, während unseriöse Anbieter gesetzliche Hürden oft ignorieren.

Ohnehin hätte diese Maßnahme bestenfalls eine **eingeschränkte Wirksamkeit gegen Betrug**. Die Bestätigungslösung löst nicht das Problem unerlaubter Werbeanrufe (Cold Calling), da diese bereits illegal sind und Bußgelder oft ins Leere laufen, wenn die Callcenter aus dem Ausland agieren.

Zu befürchten sind hohe **Abbruchraten durch den "Medienbruch"**. Kunden müssten nach dem Telefonat aktiv werden (z. B. einen Link klicken oder eine E-Mail senden). Dieser zusätzliche Schritt erhöht das Risiko, dass Interessenten trotz ursprünglicher Zusage abspringen, da die emotionale Kaufbereitschaft aus dem Gespräch abkühlt. Das wird auch unweigerlich zur **Verwirrung beim Verbraucher** führen. Eine allgemeine Bestätigungspflicht wird Kunden irritieren, wenn sie bereits am Telefon eine klare Entscheidung getroffen haben und nun erneut eine formale Bestätigung abgeben müssen.

Zusammenfassend möchten wir festhalten, dass die Bestätigungslösung **die wirtschaftliche Basis für unabhängigen Journalismus gefährdet und damit die Pressefreiheit und -vielfalt in Frage stellt**.

Unsere dringende Bitte lautet daher, dass Sie sich dafür stark machen, dass dieses Vorhaben nicht in die Umsetzung gebracht wird oder dass zumindest eine **Ausnahmeregelung für Presse** zur Geltung kommt.

Mit den besten Grüßen



Martin Lange
Vorstandsvorsitzender
Bundesverband Abonnement e.V.

BANKVERBINDUNG
Commerzbank
IBAN DE18 1004 0000 0502 9798 00
BIC COBADEFFXXX

Steuer-Nr. 27/620/61829
Finanzamt für Körperschaften, Berlin
Amtsgericht Hamburg, Abt. 69
Registernummer VR 26055

VORSTAND
Vorsitzender: Martin Lange (Stockelsdorf)
Stellvertretende Vorsitzende: Andreas Klinkmann
(Hamburg), Alexander Münch (Neckarsulm),
Finanzvorstand: Daniel Beljan (Ulm)